Deutscher Bundestag **Drucksache 16/5212**

16. Wahlperiode 03. 05. 2007

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Gesine Lötzsch, Roland Claus, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/4824 –

Arbeitsstrukturen für das Aufgabengebiet „Neue Länder“ in den Bundesbehörden

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Arbeitsstrukturen in Bundesbehörden für den Aufbau Ost“ der Abgeordneten Dr. Gesine Lötzsch u. a. der Fraktion DIE LINKE. (Bundestagsdrucksache 16/4402) zeigt, dass es nicht in jedem Ressort spezifische Arbeitsstrukturen für den Aufbau Ost gibt.

Laut „FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND“ vom 14. März 2007 wollte der Beauftragte der Bundesregierung für die Angelegenheiten der neuen Bundesländer, Wolfgang Tiefensee, ursprünglich eine Protokollerklärung zur geplanten Reform der Unternehmensbesteuerung abgeben, hat dies aber aus Rücksicht auf den Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück, nicht getan.

1. Inwiefern wird in den Bundesministerien ausschließlich ohne oder überwiegend mit ostdeutschlandspezifischen Vorgängen Beschäftigte/n zukünftig Personal mit dem Thema neue Bundesländer betraut werden?

In einem Großteil der Ressorts werden Belange der neuen Länder als Querschnittsaufgabe bearbeitet. Es ist auch zukünftig nicht beabsichtigt, Personal ausschließlich mit dem Thema neue Länder zu betrauen.

2. Welche personalpolitischen Veränderungen plant die Bundesregierung hinsichtlich der Anzahl der ausschließlich ohne oder überwiegend mit ostdeutschlandspezifischen Vorgängen befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis 2009?

Derzeit sind keine personalpolitischen Veränderungen hinsichtlich der Anzahl der ausschließlich oder überwiegend mit ostdeutschlandspezifischen Vorgängen befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geplant.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 30. April 2007 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

3. Welche spezifischen Arbeitsvorgänge und -strukturen gibt es im Bundeskanzleramt, Bundesministerium des Innern (BMI), Bundesministerium der Finanzen (BMF), Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi), Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Bundesministerium für Gesundheit (BMG), Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) und Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), um ostdeutschlandspezifische Vorgänge als Querschnittsaufgabe bearbeiten zu können (bitte einzeln nach Ministerium aufschlüsseln)?

In den Ressorts werden entsprechend den Zuständigkeiten Themen der neuen Länder in den jeweiligen Fachreferaten bearbeitet. Bei der Bearbeitung steht dabei der jeweils fachliche Aspekt unter Beachtung der besonderen Situation in den neuen Ländern im Vordergrund.

4. Weshalb gibt es im Auswärtigen Amt (AA) und im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) keine überwiegend oder ausschließlich mit ostdeutschlandspezifischen Vorgängen befassten Beschäftigten?

Aufgrund der Aufgabenstellung in beiden Ressorts wird hierfür keine Notwendigkeit gesehen.

5. Welche finanziellen Ressourcen werden in den folgenden Bundesministerien für den Aufbau Ost im Einzelnen eingesetzt, die auch ausschließlich oder überwiegend mit ostdeutschlandspezifischen Vorgängen befasste Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben: Bundeskanzleramt, Bundesministerium der Justiz (BMJ), BMF, BMVBS, BMWi, Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) (bitte einzeln nach Ministerium aufschlüsseln)?

Dazu wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. (Bundestagsdrucksache 16/4402, Frage 2) verwiesen.

6. Weshalb sind die Ressorts AA, BMI, BMJ, BMVBS, BMFSFJ, BMG, BMU, BMVg und BMZ keine ständigen Mitglieder in der Runde der Staatssekretäre der Förderressorts für den Aufbau Ost?

7. Welche Personen waren Mitglied in der Runde der Staatssekretäre der Förderressorts für den Aufbau Ost in den Jahren 1997 bis 2007 (bitte Namen und Ressort für jedes Jahr einzeln angeben)?

8. Wie häufig tagte die Runde der Staatssekretäre der Förderressorts für den Aufbau Ost in den Jahren 1997 bis 2007, und welche Ressorts nahmen jeweils teil (bitte für jedes Jahr einzeln aufschlüsseln und jeweils die teilnehmenden Ressorts angeben)?

9. Wie häufig tagte die Arbeitsgruppe auf Beamtenebene, die die Runde der Förderstaatssekretäre vorbereitet, in den Jahren 1997 bis 2007, und aus welchen Ressorts nahmen jeweils Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teil (bitte für jedes Jahr einzeln aufschlüsseln und jeweils die teilnehmenden Ressorts angeben)?

10. Weshalb gibt es im BMAS keine ausschließlich oder überwiegend mit ostdeutschlandspezifischen Vorgängen befassten Mitarbeiter, obwohl das

Ressort ständiges Mitglied in der Runde der Staatssekretäre der Förderressorts für den Aufbau Ost ist?

Die Fragen 6 bis 10 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Mit der Regierungsbildung nach der Bundestagswahl 2002 wurde die Funktion des Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Länder beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen angesiedelt. Der damalige Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Länder hat die Runde der Staatssekretäre der Förderressorts für die neuen Länder Ende 2004 ins Leben gerufen. Mitglieder waren Staatssekretäre der Ressorts, die große Förderprogramme für die neuen Länder verwalten, neben dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW), das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA), das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL).

Auch nach der Bundestagswahl 2005 verblieb die Funktion des Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Länder beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Die Runde der Staatssekretäre der Förderressorts wurde fortgeführt und als ständiges Mitglied um das Bundesministerium der Finanzen (BMF) erweitert. Infolge der Aufgliederung des BMWA in das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) wurden beide Ressorts ständige Mitglieder der Runde, das BMAS insbesondere wegen der hohen politischen Bedeutung von Arbeitsmarktfragen für den Aufbau Ost. Weitere ständige Mitglieder sind das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV).

Die Runde der Staatssekretäre trat bisher fünfmal zusammen und wurde jeweils durch eine Sitzung der Arbeitsgruppe auf Beamtenebene vorbereitet.

11. Wie häufig trat die Bund-Länder-Koordinierungsgruppe gegen Rechtsextremismus vom BMI und vom BMFSFJ in den Jahren 2004, 2005 und 2006 zusammen, und zu welchen Ergebnissen ist sie gekommen?

12. Wie wurden die Ergebnisse der Bund-Länder-Koordinierungsgruppe gegen Rechtsextremismus vom BMI und vom BMFSFJ in gesetzliche Vorhaben und Maßnahmen umgesetzt?

Die Fragen 11 und 12 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Koordinierungsgruppe resultiert aus einem Treffen der Staatssekretäre von Bundesministerium des Innern (BMI) und Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit den jeweiligen Partnerressorts der neuen Länder einschließlich Berlin und Vertretern der Kommunalen Spitzenverbände im November 2006. Bereits im Dezember 2006 hat die Koordinierungsgruppe ihre Arbeit aufgenommen. Der erste Ergebnisbericht der Koordinierungsgruppe soll den Staatssekretären und den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände vorgestellt werden.

13. Welche Bund-Länder-Gremien, in denen regelmäßig ostspezifische Themen bearbeitet werden, gibt es im BMF, und wann tagten sie in den Jahren 2004, 2005 und 2006?

In der Sitzung des Finanzplanungsrates werden regelmäßig die Fortschrittsberichte „Aufbau Ost“ der neuen Länder und Berlins nach § 11 Abs. 3 des

Finanzausgleichsgesetzes sowie die Stellungnahme der Bundesregierung hierzu erörtert. Das Thema wurde in den Sitzungen am 18. November 2004, am 16. Februar 2006 sowie am 10. November 2006 erörtert. Auf Einladung nimmt das BMF außerdem auf Staatssekretär-Ebene an dem Treffen der Finanzstaatssekretäre der neuen Länder teil. BMF hat im Jahr 2004 an drei dieser Treffen, im Jahr 2005 an einem Treffen und im Jahr 2006 an zwei Treffen teilgenommen.

14. Zu welchen Ergebnissen sind diese Bund-Länder-Gremien im BMF, in denen regelmäßig ostspezifische Themen bearbeitet werden, im Einzelnen in den Jahren 2004, 2005 und 2006 gekommen, und wie wurden diese in gesetzliche Vorhaben und Maßnahmen umgesetzt (bitte einzeln aufschlüsseln)?

Der Finanzplanungsrat hat in seinen Sitzungen die Fortschrittsberichte „Aufbau Ost“ der neuen Länder und Berlins und die Stellungnahme der Bundesregierung hierzu diskutiert. Gesetzliche Maßnahmen waren nicht erforderlich.

Bei den Treffen der Finanzstaatssekretäre der neuen Länder werden aktuelle politische Themen aus den Finanzressorts besprochen. Dies sind nicht ausschließlich solche, die nur die neuen Länder betreffen. Konkrete gesetzliche Vorhaben sind nicht unmittelbare Folge dieser Treffen.

15. Wann tagten der Lenkungsausschuss zum Altschuldenhilfe-Gesetz und die Lenkungsgruppe zur Evaluierung des Bund-Länderprogramms Stadtumbau Ost in den Jahren 2004, 2005 und 2006?

16. Zu welchen Ergebnissen sind der Lenkungsausschuss zum Altschuldenhilfe-Gesetz und die Lenkungsgruppe zur Evaluierung des Bund-Länderprogramms Stadtumbau Ost in den Jahren 2004, 2005 und 2006 gekommen, und wie wurden diese in gesetzliche Vorhaben und Maßnahmen umgesetzt (bitte einzeln aufschlüsseln)?

Die Fragen 15 und 16 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Lenkungsausschuss tagte im genannten Zeitraum am 20. April 2004 und am 12. Juni 2006, ohne gesetzesrelevante Entscheidungen zu treffen. Die Lenkungsgruppe zur Evaluierung des Bund-Länderprogramms Stadtumbau Ost hat sich am 2. November 2006 konstituiert und das Verfahren zur Programmevaluierung eingeleitet.

17. Wann tagte der Arbeitskreis ostdeutscher Agrarreferenten des BMELV in den Jahren 2004, 2005 und 2006, und zu welchen Ergebnissen ist er im Einzelnen gekommen?

Der Arbeitskreis tagte am 25. April 2006 und am 13. November 2006. Er befasste sich u. a. mit den Themen:

- Branchenkonferenz Ernährungswirtschaft;
- Exportförderung im Bereich der Agrarwirtschaft und
- Nachwachsende Rohstoffe.

Ein Ergebnis war die gemeinsame Vorbereitung und Durchführung der „Zukunftskonferenz Ernährungswirtschaft“ am 11. und 12. Oktober 2006 in Magdeburg.

18. Wann tagte der Steuerungs- und Budgetausschuss für die Braunkohlesanierung in den Jahren 2004, 2005 und 2006, und zu welchen Ergebnissen ist er im Einzelnen gekommen?

In die Sanierung der Altlasten des Braunkohlebergbaus in den neuen Ländern wurden auf einer Fläche von ursprünglich über 100 000 ha seit 1991 bisher über 8 Mrd. Euro investiert. Der größte Anteil (ca. 75 Prozent) wurde durch den Bund aufgebracht. Im Steuerungs- und Budgetausschuss für die Braunkohlesanierung (StuBA) entscheiden der Bund und die Länder Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen unter Vorsitz des Bundes über

- die länderübergreifende Prioritätensetzung bei Programmen und Konzepten;
- die Billigung der Gesamtplanung;
- die Budgetierung und Genehmigung der einzelnen Sanierungsprojekte;
- die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit von Ausschreibungs- und Vergabeverfahren;
- das nachlaufende Controlling (Verwendungsnachweisprüfung);
- weitere wichtige Sachfragen.

Der StuBA tagt seit 1992 viermal im Jahr. In den Jahren 2004, 2005 und 2006 tagte er wie folgt:

Jahr	Sitzungstermin
2004	64. Sitzung des StuBA am 16. März 2004 65. Sitzung des StuBA am 21./22. Juni 2004 66. Sitzung des StuBA am 14. September 2004 67. Sitzung des StuBA am 7. Dezember 2004
2005	68. Sitzung des StuBA am 17. März 2005 69. Sitzung des StuBA am 20./21. Juni 2005 70. Sitzung des StuBA am 8. September 2005 71. Sitzung des StuBA am 6. Dezember 2005
2006	72. Sitzung des StuBA am 21. März 2006 73. Sitzung des StuBA am 19./20. Juni 2006 74. Sitzung des StuBA am 6. September 2006 75. Sitzung des StuBA am 7. Dezember 2006

19. Wann tagte der Dialog Innovation Ost des BMBF in den Jahren 2004, 2005 und 2006, und zu welchen Ergebnissen ist er im Einzelnen gekommen?

20. Wie wurden diese Ergebnisse des Dialogs Innovation Ost im Einzelnen in gesetzliche Vorhaben und Maßnahmen umgesetzt?

Die Fragen 19 und 20 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Bundesforschungsministerin hat sich im November 2006 mit den ostdeutschen Wissenschafts- und Wirtschaftsministern auf ein gemeinsames Memorandum verständigt, das die Bedeutung von Innovation als Schlüssel für mehr Wachstum und Wohlstand für die neuen Länder in den Mittelpunkt stellt. Erstmalig werden in diesem Papier von dem Bund und den neuen Ländern gemeinsam die Schwerpunkte der künftigen Innovationspolitik definiert.

Zur Erarbeitung konkreter Umsetzungsmaßnahmen tritt das BMBF mit den neuen Ländern in einen „Dialog Innovation Ost“ ein. Auf dieser Plattform werden wichtige Problemfelder und Lösungsansätze diskutiert und ein gemeinsames Konzept zur Innovations-, Forschungs- und Bildungspolitik in Ostdeutschland erarbeit.

21. Zu welchen Ergebnissen kam die Runde der Staatssekretäre der Förderressorts für den Aufbau Ost in den Jahren 2004, 2005 und 2006 im Einzelnen, und wie wurden diese Ergebnisse in gesetzliche Vorhaben und Maßnahmen umgesetzt (bitte einzeln nach Treffen aufschlüsseln)?

In den Sitzungen der Staatssekretärsrunde der Förderressorts wurde schwerpunktmäßig die Strategie der Bundesregierung für die neuen Länder abgestimmt, die in die entsprechenden dem Parlament bekannten Gesetzesinitiativen und Haushaltsbeschlüsse eingeflossen ist.

22. Weshalb wurde der Arbeitsstab im Bundeskanzleramt, in dem die Zuständigkeiten und Kompetenzen für den Aufgabenbereich Aufbau Ost in der letzten Legislaturperiode gebündelt waren, in dieser Legislaturperiode aufgelöst und in andere Abteilungen verteilt?

Der Arbeitsstab neue Länder wurde bereits zu Beginn der 15. Legislaturperiode in das BMVBW verlagert, da mit Beginn dieser Legislaturperiode die Funktion des Beauftragten der Bundesregierung für die Angelegenheiten der neuen Länder diesem Minister übertragen worden war.

23. Welche dem Aufbau Ost zugeordneten Personalstellen in den Bundesministerien sind derzeit nicht besetzt, und welche Ursachen haben die Vakanzen (bitte einzeln nach Ministerien aufschlüsseln)?

Im BMVBS sind zurzeit insgesamt 7,5 dem Aufbau Ost zugeordnete Dienststellen nicht besetzt. Bei 6 dieser Dienstposten handelt es sich um im Jahr 2007 neu geschaffene Dienstposten, die Auswahlverfahren zur Besetzung laufen bzw. befinden sich in Vorbereitung. Bei 1,5 Dienstposten handelt es sich um Vakanzen aufgrund von Fluktuation, die Auswahlverfahren zur Besetzung dieser Dienstposten sind in Vorbereitung. In den anderen Bundesministerien bestehen keine Vakanzen bei den dem Aufbau Ost zugeordneten Personalstellen.

24. Welche drei wichtigsten Arbeitsschwerpunkte verfolgte das Referat „Grundsatzfragen neue Länder“ im BMVBS im Jahr 2006, und welche Arbeitsergebnisse wie z. B. Grundsatzpapier liegen hierzu vor?

25. Welche drei wichtigsten Arbeitsschwerpunkte verfolgt das Referat „Grundsatzfragen neue Länder“ im BMVBS im Jahr 2007?

26. Welche drei wichtigsten Arbeitsschwerpunkte verfolgten die Referate „Finanzen, Treuhand- und offene Vermögensfragen“, „Arbeits- und Sozialpolitik“, „Wirtschafts- und Förderpolitik“, „Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik“ im BMVBS im Jahr 2006, und welche Arbeitsergebnisse liegen hierzu vor?

27. Welche drei wichtigsten Arbeitsschwerpunkte verfolgen die Referate „Finanzen, Treuhand- und offene Vermögensfragen“, „Arbeits- und Sozialpolitik“, „Wirtschafts- und Förderpolitik“, „Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik“ im BMVBS im Jahr 2007?

28. Welche Arbeitsschwerpunkte werden im „Programm- und Projektmanagement für den Aufbau Ost“ im BMVBS verfolgt, und welche Ergebnisse wurden bislang erreicht?

29. Welche Ziele verfolgt die Abteilung „Neue Länder“ im BMVBS in dieser Legislaturperiode?

Die Fragen 24 bis 29 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Dem Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Länder steht die Abteilung „Neue Länder“ im BMVBS zur Seite. Entsprechend den Zielen des Beauftragten für den Aufbau Ost sind die wichtigsten Arbeitschwerpunkte der Abteilung „Neue Länder“:

- Koordinierung der Gesamtpolitik der Bundesregierung für den Aufbau Ost;
- Beratung des Beauftragten bei der Gestaltung der Förderstrategie für den Aufbau Ost;
- Beratung des Beauftragten in Fachfragen z. B. Finanzen, Arbeitsmarkt, Wirtschafts- und Mittelstandspolitik sowie Wirtschaft- und Technologiepolitik in Bezug auf die neuen Länder;
- Führen eines Dialogs mit den ostdeutschen Landesregierungen.

Der Beauftragte der Bundesregierung legt jährlich den „Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit“ als wichtigstes Grundsatzpapier zur Strategie für den Aufbau Ost und den Maßnahmen der Bundesregierung für die neuen Länder vor. Der Jahresbericht wird jeweils vor dem 3. Oktober dem Deutschen Bundestag übermittelt.

30. Welche drei wichtigsten ostdeutschlandspezifischen Arbeitsschwerpunkte verfolgten Bundeskanzleramt, BMI, BMJ, BMF, BMWi, BMAS, BMBF, BMELV, BMFSFJ, BMG, BMU, BMVg und BMZ im Jahr 2006, und zu welchen Ergebnissen kamen sie jeweils (bitte einzeln nach Ministerium aufschlüsseln)?

31. Welche drei wichtigsten ostdeutschlandspezifischen Arbeitsschwerpunkte verfolgen Bundeskanzleramt, BMI, BMJ, BMF, BMWi, BMAS, BMBF, BMELV, BMFSFJ, BMG, BMU, BMVg und BMZ im Jahr 2007 (bitte einzeln nach Ministerium aufschlüsseln)?

Die Fragen 30 und 31 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die ostdeutschlandspezifischen Arbeitsschwerpunkte der Ressorts für die Jahre 2006 und 2007 sind aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich. Soweit Arbeitsergebnisse in Form von veröffentlichten Gesetzen und durchgeführten Maßnahmen vorliegen, werden sie genannt.

Ostdeutschlandspezifische Arbeitsschwerpunkte in den Ressorts

Ressort	**Ostdeutschlandspezifische Arbeitsschwerpunkte 2006 und 2007 und Ergebnisse**
BK	Begleitung der Ressorts bei der Umsetzung der Koalitionsvereinbarung
BMI	Sonderprogramm Goldener Plan Ost zur Fortsetzung der Errichtung von Sportstätten für den Breitensport in den neuen Ländern und im ehemaligen Ostteil Berlins

Ressort	Ostdeutschlandspezifische Arbeitsschwerpunkte 2006 und 2007 und Ergebnisse
BMJ	Umsetzung der Koalitionsvereinbarung zur Verbesserung der Situation der SED-Opfer einschließlich beabsichtigter „Opferpension“ und Verlängerung der Antragsfristen im Strafrechtlichen, Beruflichen und Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz Begleitung der Abarbeitung von Anträgen nach dem Vermögensgesetz und den Rehabilitierungsgesetzen einschließlich der Vorbereitung des Vertreters des Bundesinteresses in Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht Betreuung der Rechtsvorschriften zur sachenrechtlichen Bereinigung von Rechtsverhältnissen an Grundstücken in den neuen Ländern
BMF	Es ist insgesamt eine wesentliche Zielsetzung der Bundesregierung und damit auch des BMF, die Wirtschaftskraft in den neuen Ländern zu stärken und die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu senken, um so die Basis für eine sich selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung zu verbreitern. Dies vorausgeschickt wird festgestellt:
2006	Abstimmung der Privatisierungsgrundsätze für die restlichen 600 000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche der BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH
2006/07	Förderung von betrieblichen Investitionen in den neuen Ländern und Berlin im verarbeitenden Gewerbe, bestimmten produktionsnahen Dienstleistungen und im Beherbergungsgewerbe mit Investitionszulage als steuerliches Instrument mit Rechtsanspruch (Investitionszulagengesetz 2007) Stellungnahme der Bundesregierung zu den Fortschrittsberichten „Aufbau Ost“ der neuen Länder und Berlins nach § 11 Abs. 3 Finanzausgleichsgesetz
BMWi	Im Rahmen der Hightech-Strategie Ausweitung der Innovationsförderung durch größere Volumina und neue Fördertatbestände (auch in den Programmen speziell für oder mit Schwerpunkt Ostdeutschland INNO-WATT, PRO INNO II und dem neuen Programm „Industrielle Vorlaufforschung“) Schaffung einer effektiveren Investorenanwerbung unter besonderer Berücksichtigung der neuen Länder (Zusammenführung von „Invest in Germany“ und „Industrial Investment Council“ zur neuen Bundesgesellschaft Invest in Germany, Neuordnung des Standortmarketings und der Investorenanwerbung) Fortsetzung der Branchen- und Themenkonferenzen (Zukunftskonferenz Maschinenbau am 14./15. März 2007 in Leipzig, geplant: Unternehmensfinanzierungskonferenz in Berlin und Chemiekonferenz in Sachsen-Anhalt Fortsetzung der Absatzförderung Ost durch das Vermarktungshilfeprogramm, ergänzt um Projekte, die in den Branchenkonferenzen für ausgewählte Zielländer vereinbart wurden
BMAS	keine spezifischen Arbeitsschwerpunkte für die neuen Länder

Ressort	Ostdeutschlandspezifische Arbeitsschwerpunkte 2006 und 2007 und Ergebnisse
BMBF	Nachwuchsförderung, Exzellenzförderung, Innovationsförderung und Clusterförderung sowie Innovationsmanagement. Zu diesen Themen werden auch im Rahmen des oben erwähnten „Dialog Innovation Ost“ mit den ostdeutschen Ländern wichtige Problemfelder und Lösungsansätze diskutiert und ein gemeinsames Konzept zur Innovations-, Forschungs- und Bildungspolitik in Ostdeutschland erarbeit.
BMVBS	Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Länder (Arbeitsschwerpunkte und Ergebnisse siehe Antwort zu Fragen 24 bis 29) Durchführung des Bund-Länder-Programms Stadtumbau Ost Vollendung der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit
BMELV	Umsetzung der Koalitionsvereinbarung: Errichtung eines Deutschen Biomasse-Forschungszentrums und Durchführung von Branchenkonferenzen
BMFSFJ	keine spezifischen Arbeitsschwerpunkte für die neuen Länder
BMG	Einführung des Vertragsarztrechtsänderungsgesetzes am 1. Januar 2007 sowie des zum 1. April 2007 in Kraft getretene GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes u. a. zur Verbesserung der Situation von Ärzten und Patienten in den neuen Ländern (Flexibilisierung des Vertragsarztrechts, Neuregelung der Vergütungsanreize zur Vorbeugung der Gefahr von Versorgungsengpässen, GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz zum Finanzkraftausgleich zwischen den Krankenkassen durch den Gesundheitsfonds ab 2009 zugunsten wirtschaftlich schwächerer Regionen)
BMU	Übertragung von Bundesflächen (BImA, BVVG) im Bereich des „Grünen Bandes“ als Beitrag zur Sicherung des „Nationalen Naturerbes“; Die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über die Übertragungsmodalitäten sind noch nicht abgeschlossen und werden im Jahr 2007 fortgesetzt.
BMU/BMF	Sanierung der Altlasten des Braunkohlebergbaus (Bund/Länder-Verwaltungsabkommen Braunkohlesanierung III (Laufzeit: 2003 bis 2007) vom 26. Juni 2002)
BMVg	Beitrag zur Stabilisierung des ostdeutschen Arbeitsmarktes als einer der größten Arbeitgeber und Auftraggeber der Region Förderung der Kooperation zwischen Wirtschaft und Bundeswehr, u. a. im Rahmen des „Berliner Modells“ und Ausbau der zivilberuflichen Aus- und Weiterbildung der Soldaten/Soldatinnen auf Zeit Beitrag zur Stärkung der ostdeutschen Forschungsstandorte im Rahmen laufender Forschungs- und Technologievorhaben der Bundeswehr

Ressort	Ostdeutschlandspezifische Arbeitsschwerpunkte 2006 und 2007 und Ergebnisse
BMZ	Entwicklungspolitische Inlands-Bildungsarbeit: Spezifische Förderung der Inlands-Bildungsarbeit in den ostdeutschen Bundesländern über die Stiftung Nord-Süd-Brücken ● anteilige Finanzierung von bis zu 3-jährigen Beschäftigungsverhältnissen bei privaten Trägern der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit ● Förderung von Maßnahmen ostdeutscher Nichtregierungsorganisationen zum Thema Milleniums-Entwicklungsziele

32. Wie viele Protokollerklärungen wollte der Beauftragte der Bundesregierung für die Angelegenheiten der neuen Bundesländer, Wolfgang Tiefensee, in den Jahren 2005, 2006 und 2007 zu ostdeutschlandspezifischen Vorgängen ursprünglich abgeben, und wie viele davon hat er tatsächlich abgegeben (bitte einzeln nach Jahren aufschlüsseln)?

33. Zu welchen konkreten Themen und Vorhaben der Bundesregierung hat der Beauftragte der Bundesregierung für die Angelegenheiten der neuen Bundesländer, Wolfgang Tiefensee, in den Jahren 2005, 2006 und 2007 zu ostdeutschlandspezifischen Vorgängen Protokollerklärungen abgegeben, und wie wurden sie berücksichtigt (bitte einzeln nach Jahren aufschlüsseln)?

Die Fragen 32 und 33 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Protokollerklärungen zu Gesetzesvorhaben der Bundesregierung können durch den Beauftragten in Abhängigkeit von der Bedeutung der Maßnahmen für die neuen Länder und davon inwieweit Auffassungsunterschiede zwischen den Ressorts bestehen abgegeben werden. Weitere Ausführungen werden nicht gemacht, da hier der Kernbereich der exekutiven Eigenverantwortung berührt ist.

34. Inwiefern ist es den ausschließlich oder überwiegend mit ostdeutschlandspezifischen Vorgängen befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Bundesministerien möglich, bei Vorhaben der Bundesregierung Einspruch einzulegen und Korrekturen zu bewirken, falls die neuen Länder nicht angemessen berücksichtigt oder negativ betroffen sind?

Allen Ressorts ist es grundsätzlich möglich, wenn ihre fachliche Zuständigkeit berührt ist, im Rahmen der Ressortabstimmung von Gesetzesinitiativen Einspruch einzulegen und Kurskorrekturen zu bewirken.

35. Welche Arbeits- und Kontrollverfahren – wie z. B. Mitzeichnungsverfahren – stellen darüber hinaus sicher, dass der Aufbau Ost bei Vorhaben der Bundesregierung angemessen berücksichtigt wird?

Der Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Länder ist genau wie alle Beauftragten der Bundesregierung gemäß der gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien § 21 bei allen Vorhaben, die seine Aufgaben berühren, frühzeitig zu beteiligen.

36. Bei welchen Gesetzesvorhaben und Maßnahmen der Bundesregierung wurde von einem solchen Vetorecht Gebrauch gemacht, und welche Bundesbehörde hatte im Einzelnen Bedenken angemeldet?

Das Beteiligungsrecht des Beauftragten ist kein Vetorecht.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333